

„Für Freiwilligkeit haben wir keine Zeit mehr“

Die ÖDP-Politikerin Agnes Becker ist Beauftragte für das Volksbegehren zum Artenschutz

Jedes Volksbegehren in Bayern muss auf einen Bürger angemeldet werden. Für „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern: Rettet die Bienen“ hat Agnes Becker, stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende aus Wegscheid (Kreis Passau), ihren Namen zur Verfügung gestellt. Im Interview erklärt die 38-jährige Tierärztin und Ökobäuerin, warum sie an ein riesiges Potenzial der ökologischen Landwirtschaft glaubt und warum sie hofft, dass es ihr nicht so geht wie Nichtraucher-Fürsprecher Sebastian Frankenberger.

Frau Becker, wie ist es dazu gekommen, dass Ihr Name unter dem Antrag für das Volksbegehren steht?

Agnes Becker: Ich habe privat einen Hintergrund, durch den ich ein bisschen mitreden kann. Ich habe eine kleine Öko-Landwirtschaft und weiß, wie das alles funktioniert. Da mussten die Parteifreunde nicht viel Überzeugungsarbeit leisten, weil Artenschutz etwas ist, wo ich wirklich mit Herzblut dahinterstehe. Da brenne ich dafür, das ist mein Thema.

Warum ist das Volksbegehren überhaupt nötig?

Becker: Die Zahlen beim Artenschwund sind so dramatisch, dass es jetzt gesetzliche Regeln braucht. Bis vor Kurzem waren von der Staatsregierung vor allem schöne Worte zu hören, die aber keine Konsequenz entfaltet haben. Aber für Freiwilligkeit und Sonntagsreden haben wir keine Zeit mehr.

Landwirtschaft zeigt sich als Agrar-Steppe

Lassen sich „Artenvielfalt und Naturschönheit“ überhaupt gesetzlich verordnen?

Becker: Das lässt sich sicher nicht gesetzlich verordnen, aber gesetzlich schützen. Wir haben ein wunderschönes Land. Aber wir sehen zunehmend, dass sich das ganz dramatisch ändert. Sei es durch den Bau großer Gewerbegebiete oder durch die Landwirtschaft, die sich inzwischen als Agrar-Steppe zeigt. Die Struktur der Landschaft, mit Randstreifen, Feldgehölzen und Hecken zwischen den Feldern müssen wir uns nicht nur aus Arten- und Umweltschutzgründen wieder zurückerobern, sondern auch für unser Heimatgefühl.

Das Artensterben lässt sich weltweit beobachten. Ist ein Volksbegehren in Bayern das richtige Mittel?



Mit Herzblut kämpft Agnes Becker aus Wegscheid (Kreis Passau) für den Artenschutz. „Das ist mein Thema“, sagt sie im Interview. Foto: ker

Becker: Natürlich weiß ich auch, dass sich viele Dinge beim Artenschutz auf Bundes- und europäischer Ebene ändern müssten. Aber das entbindet uns nicht von der Pflicht, auf Landesebene zu tun, was wir tun können.

Die ÖDP hat es mit Ihnen als Spitzenkandidatin deutlich nicht in den Landtag geschafft. Geht es Ihnen mit dem Volksbegehren auch darum, sich zu profilieren?

Becker: Das Landtagswahlergebnis hat uns natürlich sehr enttäuscht. Bei der ÖDP ist man aber nicht, weil man da reich und berühmt wird. Man macht das, weil man überzeugt von der Sache ist. Darum können wir uns auch nach solchen Ergebnissen berappeln. Das Volksbegehren machen wir aus so etwas wie einem außerparlamentarischen Oppositionsauftrag heraus. Es ist ein Haufen Arbeit, aber es macht Spaß!

Der Name Sebastian Frankenberger ist für viele Raucher bis heute ein rotes Tuch. Befürchten Sie, dass dem Namen Agnes Becker Ähnliches passieren könnte?

Becker: Es geht mir nicht darum, mit dem Finger auf die Land-

wirte zu zeigen. Sondern wir wollen wirklich versuchen, der Landwirtschaft einen Weg in die Zukunft zu ermöglichen, der eben nicht dazu führt, dass unsere Wiesen, Äcker und Tiere ausgebeutet werden, bis nichts mehr geht. Ich glaube, dass es viele Bauern gibt, die in diesem Verdrängungskampf nicht mehr mitmachen wollen.

Im Gesetzentwurf werden mindestens 30 Prozent Ökolandbau bis zum Jahr 2030 gefordert. Derzeit sind es etwa 8,2 Prozent. Ist das nicht etwas utopisch?

Becker: Das ist ein ambitioniertes Ziel, keine Frage. Ich bin mir aber sicher, wenn sich die Staatsregierung dieses Ziel ernsthaft zur Brust nehmen muss, dann gibt es Möglichkeiten an Masse, dem biologischen Landbau noch bessere Startbedingungen zu verschaffen. In den öffentlichen Versorgungseinrichtungen, in Kindergärten, in Schulen, in Krankenhäusern haben wir ein riesiges Potenzial an Abnehmern für biologische Produkte. Wenn der politische Wille besteht, dann klappt das auch.

Auf den Verbraucher kommen dann aber höhere Kosten für Le-

bensmittel, Kindergartengebühren und Ähnliches zu, oder?

Becker: Deswegen muss kein einziger Kindergartenplatz teuer werden, denn wir wollen eine Umwidmung der Agrarsubventionen. Weg von der Flächenförderung, hin zur Arbeitsförderung. Künftig sollen Bauern gefördert werden, wenn sie Leistungen für Klimaschutz, Artenschutz, Tierschutz oder den Trinkwasserschutz erbringen.

Mit dem Volksbegehren werden fünf Meter breite Gewässerrandstreifen und ein Netz von Biotopen gefordert. Landwirte verlieren dadurch bewirtschaftbare Fläche und somit Verdienstmöglichkeiten. Wie soll das fair geregelt werden?

Becker: Der Staat und die Gesellschaft müssen sich überlegen, welche Art von Landwirtschaft gewollt wird und welche Maßnahmen dafür wichtig sind. Für diese Maßnahmen gibt es dann Geld. Leistungen, die der Landwirt für das Gemeinwohl bringt, sollen und müssen von der Gesellschaft vergütet werden. Schon jetzt kann man mit dem freiwilligen Programm zum Uferandstreifen richtig Geld verdienen.

Wir müssen die Schöpfung bewahren

Ganz naiv gesagt: Weniger Insekten bedeutet auch weniger lästige Mücken. Warum sollte man das Volksbegehren unterschreiben?

Becker: Vielleicht fragt sich tatsächlich jemand, warum brauche ich eine Köcherfliege oder warum brauche ich den Gelbrandkäfer? Der hat sich mir nie vorgestellt, der wird mir auch nicht fehlen. Es hängt in der Natur aber alles mit allem zusammen. Das System wird mit jeder Art, die wir verlieren, instabiler. Das merkt man ganz lange nicht, der Spatz fliegt trotzdem vorbei und die Mücken finden nachts auch noch den Weg ins Schlafzimmer. Aber wenn das System so instabil wird, dass wir es merken, ist es zu spät. Selbst wenn man den ganzen Arten- und Umweltschutz um seiner selbst Willen außer Acht lässt, sprechen wir von einem Milliardenbetrag an Leistung, den Insekten durch ihre Bestäubung erbringen. Wenn das wegfällt, wer macht das dann? Nicht zuletzt haben wir als Menschheit – egal ob Atheist oder gläubig – auch den Auftrag, die Schöpfung zu erhalten.

Interview: Andreas Kerscher

Mehr dazu unter www.idowa.plus

Die Doktorarbeit muss warten

Agnes Becker (38) kommt ursprünglich aus Augsburg. 1998 ist sie mit ihrer Mutter nach Wegscheid umgezogen. Dort betreibt sie eine kleine Öko-Landwirtschaft mit fünf Hektar Wiesen und acht Hektar Wald, zwei Pferden und Kleinvieh. Hauptberuflich arbeitet Becker in der Landesgeschäftsstelle der ÖDP in Passau.

Nach dem Abitur hat Becker eine Schreinerlehre absolviert, während sie auf ihren Studienplatz für Tiermedizin wartete. Das Studium hat sie 2017 abgeschlossen. Ihre Doktorarbeit hat sie noch vor sich. Weil sie dafür keine Tierversuche machen will, sei es nicht leicht, ein Thema zu finden, sagt Becker. Der Landtagswahlkampf und das Volksbegehren haben die Themensuche aber erst einmal verschoben. (ker)

Vom Volkswillen zum Gesetz in drei Stufen

Die Bayerische Verfassung erlaubt es den Bürgern, sich ihre eigenen Gesetze zu geben. Das Verfahren ist dreistufig: Damit ein Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens vom Innenministerium behandelt wird, braucht er mindestens 25 000 Unterstützer. Diese Hürde hat das Volksbegehren der ÖDP mit 94 700 Unterschriften im Oktober deutlich genommen. Am 15. November hat Innenminister Joachim Herrmann (CSU) das Volksbegehren zugelassen.

Die nächste Stufe ist das eigentliche Volksbegehren. Es ist erfolgreich, wenn sich innerhalb von zwei Wochen mindestens zehn Prozent aller Stimmberechtigten – knapp eine Million Menschen – in Listen, die in Rathäusern ausliegen, eintragen. Ist das Volksbegehren erfolgreich, stimmt der Landtag über den Gesetzentwurf ab. Sollte der Gesetzentwurf abgelehnt werden, folgt ein Volksentscheid, bei dem alle Stimmberechtigten über den Gesetzentwurf abstimmen können. Zusätzlich kann der Landtag einen alternativen Gesetzentwurf zur Abstimmung vorlegen. (ker)

„Ein Irrweg“: Das sagt der BBV zum Volksbegehren

Das Volksbegehren der ÖDP ist der falsche Weg“, findet der Präsident des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), Walter Heidl. Statt Stimmung zu machen und nach neuen Reglementierungen zu rufen, solle man das bäuerliche Engagement für den Umwelt- und Naturschutz anerkennen und weiter stärken, fordert Heidl. „Wir Bauern haben großes Interesse daran, die Artenvielfalt in Bayern zu schützen.“ Er verweist auf das Kulturlandschaftsprogramm oder die Aktion „Bayern blüht auf“, mit der Landwirte Blühflächen für Bienen schaffen.

Besonders kritisch sieht der BBV-Präsident die geforderte Fläche von bis zu 30 Prozent Ökolandbau. In diesem Punkt beschreibe das Volksbegehren „vollends einen Irrweg“, der in einem „Desaster für den Markt für regionale Bio-Erzeugnisse“ enden werde, sagt Heidl. Schon jetzt gebe es bei Molkereien lange Wartelisten mit Bauern, die auf Umsteigen wollen. Die Nachfrage müsse aber erst nachziehen.

Heidls Alternativvorschlag: „Statt per Gesetz einen Ökoflächenanteil zu verordnen, müssen wir erreichen, dass die Verbraucher beim Einkaufen von Bioprodukten auf die Herkunft achten und bevorzugt Bio aus Bayern in den Einkaufswagen legen.“ (ker)



Bauernpräsident Walter Heidl

Niederbayerisches Bündnis will Bienen retten

Fünf Bezirksverbände politischer Parteien wollen Wähler für das Volksbegehren mobilisieren

Damit das Volksbegehren zum Artenschutz für die Initiatoren ein Erfolg wird, müssen sich zwischen 31. Januar und 13. Februar mehr als zehn Prozent der Wahlberechtigten in Listen eintragen. Fünf Parteien bilden in Niederbayern ein breites Bündnis, um dieses Ziel zu erreichen.

„Wir erleben das größte Artensterben seit den Dinosauriern“, sagte die Beauftragte für das Volksbegehren, Agnes Becker von der ÖDP, am Freitag bei einem Auftakt-Pressesgespräch in Plattling (Landkreis Deggendorf). In Bayern sei das auch „eine Folge der Agrarpolitik der CSU“, die derzeit noch nach dem Motto „Wachsen oder Weichen“ funktioniere.

Mit dem Volksbegehren sollen unter anderem ein höherer Anteil ökologischer Landwirtschaft, verpflichtende Gewässerrandstreifen und ein verringertes Pestizideinsatz erreicht werden. So soll die Lebensgrundlage es für Insekten, Wild-



Urban Mangold (ÖDP), Jens Schlüter (Grüne), Ruth Müller (SPD), Agnes Becker (ÖDP), Heinrich Schmidt (FW) und Thomas Heilmeier (Bayernpartei) haben sich zusammengeschlossen, um mit ihren Bezirksverbänden die nötigen zehn Prozent der Wähler für das Volksbegehren zum Artenschutz zu mobilisieren. Foto: ker

kräuter und Bodenbrüter wieder verbessert werden.

Neben der ÖDP, von der das Volksbegehren ausgeht, haben sich die niederbayerischen Bezirksverbände der Grünen, der SPD, der Freien Wähler und der Bayernpartei angeschlossen. 150 Bündnispartner gibt es insgesamt.

Ruth Müller (SPD) betonte, dass nicht nur die Landwirtschaft gefordert sei, sondern der Artenschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sei. „Der Maschinen- und Pestizideinsatz hat immer mehr zugenommen. Da müssen wir den Hebel ansetzen. Aber mit den Bauern zusammen“, sagte Heinrich Schmidt,

Bezirksvorsitzender der Freien Wähler. Ist das Volksbegehren erfolgreich, muss sich die Koalition aus CSU und Freien Wählern im Landtag damit befassen. „Ich kann nicht für die Landtagsfraktion sprechen“, sagte der FW-Bezirksvorsitzende. „Aber ich werde alles tun, um sie zu überzeugen.“ (ker)